

# Drehscheibe ausbremsen

Volksinitiative erfolgreich gestartet

Am 14.12. 21 wurden von der „Volksinitiative gegen den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen“ 16 442 Unterschriften im Rathaus übergeben. Der Übergabe der Unterschriften war eine Auftaktkundgebung auf dem Hansaplatz und dann eine bunte Demo unter dem Motto „Jede Stimme ist Gold wert“ vorangegangen. In goldenen Kästen, eine Kunstperformance von Axel Richter; wurden die Unterschriften von den Demonstrant\_innen über die Mönckebergstraße zum Rathausmarkt getragen. Vor dem Rathaus fand eine Abschlusskundgebung unter Coronabedingungen statt, auf der Redner und Rednerinnen von ver.di, Attac, dem Zukunftsrat, Greenpeace, der Seebrücke, DFG/VK, IPPNW und der GEW die Forderung nach einem zivilen Hafen bekräftigten.

Am 11.1.2022 hat der Senat das erfolgreiche Zustandekommen der Volksinitiative bestätigt.

Hurra, die erste Hürde ist geschafft und amtlich bestätigt!

Die Volksinitiative für einen zivilen Hamburger Hafen hat somit die erste Hürde im dreistufigen Volksgesetzgebungsverfahren in sechs Monaten durch das erfolgreiche Sammeln von zahlreichen Unterschriften abgeschlossen. Die GEW unterstützt diese Initiative finanziell und durch Beschlüsse ihres Gewerkschaftstages. (Vgl. Berichterstattung über die Rüstungsexportverbots-Ini hlz 5-6/2021, S.54)

Der Text, der in Hamburg zur Abstimmung gestellt werden soll, lautet:

*„Senat und Bürgerschaft schaffen innerhalb eines Jahres eine Rechtsgrundlage, die den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen verbietet und unternehmen alle notwendigen Schritte, um dieses Verbot unverzüglich umzusetzen“*

Nach dem ersten erfolgreichen Schritt müssen sich nun

ein Zwanzigstel der Hamburger Wahlberechtigten, das sind ca. 67 000 Einwohner\_innen, in die Listen für das Volksbegehren eintragen. Also liebe Hamburger Wähler\_innen, wenn demnächst die Aktiven der Volksini „Rüstungsexport-verbot“ ausschwärmen und euch auf der Straße ansprechen, unterschreibt!

Wenn die zweite Runde für die 67 000 Unterschriften startet, liegen auch Unterschriftenlisten in den Bezirksämtern aus. Lehnt die Bürgerschaft und der Senat das Ansinnen der Volksinitiative erneut ab, dann stimmt die Hamburger Wahlbevölkerung über den obigen Text ab. Es sei denn, der Senat und die Bürgerschaft machen sich das Anliegen der Volksinitiative zu eigen, womit derzeit niemand rechnet.

Im Augenblick ist Säbelschneiderei zwischen USA, Nato, EU, Ukraine auf der einen und Russland auf der anderen Seite angesagt. Noch zeigt sich die Bundesregierung standhaft dar-



Foto: Volksini ziviler Hafen

in, keine Waffen in die Ukraine zu liefern im Gegensatz zu den USA, zu Großbritannien und den direkten Nachbarländern Polen und Litauen. Wie lange noch? Ist Deutschland Drehscheibe der Waffenverschiebungen für die anderen Länder in die Ukraine? Welche Rolle spielt der Hamburger Hafen bei diesen Waffenverschiebereien?

Angesichts der Kriegspropaganda auf allen Seiten wird es mir langsam mulmig zu Mute. Wo ist der Geist der Entspannung eines Willi Brandt, eines Egon Bahr oder von Michael Gorbatschow geblieben? Überall, wo ich auch hinschaue im Osten wie im Westen, marschiert das Militär auf.

### **Worum geht es bei der Initiative?**

Über den Hamburger Hafen werden Rüstungsex- und -importe abgewickelt, die in aller Welt Krisen und Kriege anheizen und ermöglichen. Dies trifft vor allem für sogenannte Kleinwaffen und die dazugehörige Munition zu. Pro Tag sind es etwa drei Container Munition, die den Hafen verlassen.

In der Präambel der Hamburger Verfassung findet sich folgende Passage, die sich direkt auf das Anliegen für ein Rüstungsexportverbot über den Hamburger Hafen bezieht. Es heißt dort:

„Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.“

Deutlicher könnte der Widerspruch zur geübten Praxis der Rüstungsim- und -exporte nicht sein.

Der erste Schritt ist mit der Übergabe der 16 442 Unterschriften im Rathaus getan. Der Ball liegt nun im Spielfeld der

Bürgerschaft und des Senats. Übernehmen sie das Anliegen der Volksinitiative oder wird es abgelehnt?

Im weiteren Gang der Volksinitiative wird der Senat vermutlich mit dem Argument aufwarten, dass Hamburg nicht zuständig sei, sondern der Rüstungsexport von der Bundesregierung in Berlin geregelt werden muss.

Zahlreiche Jurist\_innen – auch die des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages – haben genau diese Argumentation gekippt. Die Rüstungsexporte werden zwar seitens des Bundes genehmigt, der Transportweg aber wird von den Rüstungsfirmen bestimmt. Darauf nimmt der Bund keinen Einfluss.

Da Hamburg überwiegend Eigentümerin des Hafengebietes ist, kann der Senat auch bestimmen, was in diesem Gebiet passiert. Es ist also grundsätzlich möglich, dass Hamburg ein Verbot des Im- und Exports von Rüstungsgütern durchsetzt.

Es gibt nach Ansicht der Volksinitiative eine moralische Verantwortung und eine strafrechtliche Verpflichtung, sich als Hansestadt Hamburg für einen zivilen Hafen einzusetzen. Allein die Tatsache, dass praktisch in allen Regionen der Welt, in denen Krisen, Krieg, Aufstände, Diktaturen, Repressionen etc. stattfinden und stattfinden, nachweislich Waffen aus Deutschland beteiligt sind, erübrigt jeden Zweifel. Selbst wenn Lieferungen an „sichere“ NATO-Staaten erfolgen (was z.B. autoritäre Regime wie die Türkei einschließt), gibt es keine „Verbleibs-Endkontrolle“. Diese Exporte generieren vielfach Fluchtursachen, Hunger, Not und Elend. Aktuelles Beispiel sind Haubitzen, die von Deutschland an Litauen geliefert wurden und jetzt an die Ukraine weitergereicht werden.

Die strafrechtliche Ebene teilt sich auf in Verstöße gegen internationale Konventionen (z.B. die

UN-Charta und entsprechende Konventionen z.B. Ächtung von Kriegsverbrechen, Ächtung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) und nationales Recht (z.B. die illegale Lieferung wie die von Schnellfeuergewehren an die mexikanische Polizei von Heckler und Koch).

Hamburg macht sich als Hafeneigentümerin auf diese Weise und im Wissen um die Wirkung der im- und exportierten Rüstungsgüter der Beihilfe schuldig.

Die Volksinitiative ist ein kreativer Zusammenschluss von Einzelpersonen, Organisationen und Initiativen (siehe Homepage: [ziviler-hafen.de](http://ziviler-hafen.de)). Sie ist inzwischen gut mit internationalen gewerkschaftlichen Initiativen in anderen europäischen Hafenstädten und mit Kolleg\_innen im Hamburger Hafen vernetzt. Verstärkt wird diese Vernetzung durch zahlreiche Kulturschaffende, die wie Konstantin Wecker und Axel Richter (Haus am Schüberg), der große und kleine Kunstinstallationen und Performances gestaltet und organisiert hat, die Initiative unterstützen. Dadurch hat die Volksinitiative ein lebhaftes Presse- und Medienecho selbst in der harten Lockdown-Zeit gefunden.

Für Juni ist ein Hamburger Russel-Tribunal – ähnlich einer Gerichtsverhandlung – in Planung, auf dem die Rolle und Beihilfe Hamburgs zu den oben genannten Verstößen und Verbrechen durch Rüstungsexporte thematisiert werden sollen. Es wird eine mit prominenten, auch international bekannten Jurist\_innen besetzte Jury, Gutachter\_innen und Ankläger\_innen geben.

Die Russel-Peace-Foundation in Nottingham unterstützt dieses Vorhaben und ist mit der Namensgebung einverstanden. Zusätzlich soll es eine begleitende Friedenswoche geben.

WILLI BARTELS,  
Ausschuss für Friedensbildung  
der GEW